

Konrad Weller

Alles bleibt anders

Kontinuität und Zyklizität
der sexuellen Liberalisierung



Psychosozial-Verlag

Konrad Weller
Alles bleibt anders

Die Reihe ANGEWANDTE SEXUALWISSENSCHAFT sucht den Dialog: Sie ist interdisziplinär angelegt und zielt insbesondere auf die Verbindung von Theorie und Praxis. Vertreter_innen aus wissenschaftlichen Institutionen und aus Praxisprojekten wie Beratungsstellen und Selbstorganisationen kommen auf Augenhöhe miteinander ins Gespräch. Auf diese Weise sollen die bisher oft langwierigen Transferprozesse verringert werden, durch die praktische Erfahrungen erst spät in wissenschaftlichen Institutionen Eingang finden. Gleichzeitig kann die Wissenschaft so zur Fundierung und Kontextualisierung neuer Konzepte beitragen.

Der Reihe liegt ein positives Verständnis von Sexualität zugrunde. Der Fokus liegt auf der Frage, wie ein selbstbestimmter und wertschätzender Umgang mit Geschlecht und Sexualität in der Gesellschaft gefördert werden kann. Sexualität wird dabei in ihrer Eingebundenheit in gesellschaftliche Zusammenhänge betrachtet: In der modernen bürgerlichen Gesellschaft ist sie ein Lebensbereich, in dem sich Geschlechter-, Klassen- und rassistische Verhältnisse sowie weltanschauliche Vorgaben – oft konflikthaft – verschränken. Zugleich erfolgen hier Aushandlungen über die offene und Vielfalt akzeptierende Fortentwicklung der Gesellschaft.

BAND 29

ANGEWANDTE SEXUALWISSENSCHAFT

Herausgegeben von Ulrike Busch, Harald Stumpe,

Heinz-Jürgen Voß und Konrad Weller

Institut für Angewandte Sexualwissenschaft

an der Hochschule Merseburg

Konrad Weller

Alles bleibt anders

**Kontinuität und Zyklizität
der sexuellen Liberalisierung**

Psychozial-Verlag

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten
sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Originalausgabe

© 2021 Psychosozial-Verlag, Gießen

E-Mail: info@psychosozial-verlag.de

www.psychosozial-verlag.de

Alle Rechte vorbehalten. Kein Teil des Werkes darf in irgendeiner Form

(durch Fotografie, Mikrofilm oder andere Verfahren)

ohne schriftliche Genehmigung des Verlages reproduziert

oder unter Verwendung elektronischer Systeme

verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden.

Umschlagabbildung: Paul Klee, *Städtebild »Graben«*, 1931

Umschlaggestaltung und Innenlayout nach Entwürfen von Hanspeter Ludwig, Wetzlar

ISBN 978-3-8379-3063-4 (Print)

ISBN 978-3-8379-7762-2 (E-Book-PDF)

ISSN 2367-2420

Inhalt

Vorwort	7
Familie ist Zukunft oder: Welche Zukunft hat Familie?	9
Beraten und verkauft	13
Unglaubliche Enthüllung: Katholische Kirche vor der Spaltung	19
Vier Thesen zu den Verhältnissen der Geschlechter in Ost und West und zur Transformation dieser Verhältnisse in Ostdeutschland	23
Freier werden Das Wort zum Männertag	33
Erfahrungen aus der Arbeit mit Männern, die sexuelle Übergriffe begangen haben	37
Die Gefahren der Sexualpädagogik	47
Die List der Lust Polemischer zu Sexualität und Gesundheit	55
Sexualpädagogik und Prävention sexueller Gewalt	59
frauen leben (2000) Die praktische Begleitung eines Wissenschaftsprojekts	83

Deutschland – eine »unaufgeklärte Nation«?	111
Das Gefühl klebt am Detail Fünf Erinnerungen	127
Kindheit, Sexualität und die Rolle der Medien	135
Jugendsexualität und Medien	145
Explizite Lyrik »Porno-Rap« aus jugendsexuologischer Perspektive	155
Die 1990er Jahre Der pro familia zum 60.	183
Das hohe und das niedere Lied des Tango	187
Erziehungsberatung und Sexualität Ein Plädoyer für integrierte Beratung	189
Die empirische Wende der deutschen Sexualforschung <i>Studentensexualität 1966</i> von Gunter Schmidt	215
Sexuelle Bildung im Kindes- und Jugendalter	235

Vorwort

Seit 1984 im von Kurt Starke und Walter Friedrich herausgegebenen Buch *Liebe und Sexualität bis 30* mein erster sexualwissenschaftlicher Artikel erschien (er widmete sich dem Zusammenhang zwischen Studienleistung und sexueller Aktivität), habe ich ziemlich genau 80 einschlägige Schriften publiziert, darunter allerdings nur ein kleines solistisches Buch und einige herausgegebene, das meiste verstreut in Zeitschriften und Sammelbänden und Grauprint-Produkten. Hinzu kommt viel Unpubliziertes an Vorträgen, Lehrmaterialien, Forschungsberichten und diverse Miniaturen: Essays, Leserbriefe, Glossen. Der Eintritt ins Pensionärsleben 2020 nach 25-jähriger lehrreicher und an Lehrtätigkeit reicher Professur für Psychologie und Sexualwissenschaft an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften in Merseburg markiert einen biografischen Umschlagpunkt, der mir Zeit für die verstärkte Zuwendung zu empirischer Forschung, praktischer Paar- und Sexualberatung und Publikationstätigkeit gibt, wozu auch die reflektierte Bündelung und Aufbereitung früherer Arbeiten gehört.

»Alles bleibt anders« charakterisiert die Kontinuität und Zyklizität der sexualpolitischen, mehr oder weniger wissenschaftlich untersetzten und mittels empirischer Forschung gefütterten Diskurse zum Wandel geschlechtlicher und sexueller Verhältnissen in Ost und West, die die ausgewählten Texte reflektieren und deren Teil sie sind. Beispielhaft für zyklisch neugewandete Kontinuitäten: die antiliberalen Attacken gegen sexuelle Bildung, die unausrottbare mediale Skandalisierung insbesondere jugendlichen Sexualverhaltens oder das politische Gezerre um die Verregelungen des Schwangerschaftsabbruchs.

Die in diesem Band versammelten Schriften sind weitgehend chronologisch geordnet und – wo sinnvoll – formal modernisiert. Sie spiegeln verschiedene berufliche Phasen des Verfassers wider: Nachdem mir 1990 mit dem beforschten Staatswesen auch das Zentralinstitut für Jugendforschung

abhandengekommen war, arbeitete ich mit Kurt Starke und anderen in der Forschungsstelle der neu gegründeten Gesellschaft für Sexualwissenschaft e. V. in Leipzig. Die Ergebnisse der PARTNER-Studien von 1972, 1980 und 1990 durften wir aus dem abgewickelten Institut mitnehmen. Wir waren damit für längere Zeit die empirischen Experten für sexulkulturelle Ost-West-Unterschiede, die Quoten-Ossis auf Tagungen und politischen Anhörungen und Kooperationspartner im Rahmen neuer gesamtdeutscher Studien.

In den 1990er Jahren war meine Tätigkeit eng mit der pro familia, der Deutschen Gesellschaft für Familienplanung, Sexualpädagogik und Sexualberatung e. V. verbunden. Zwischen 1992 und 1995 war ich als psychologischer Berater Mitarbeiter und zugleich wissenschaftlicher Begleiter des Bundesmodellprojekts Integrierte Familienberatungsstelle Erfurt in Trägerschaft des Thüringer Landesverbandes, zwischen 1992 und 1999 einer der Redakteure des *pro familia magazins*. In dieser Zeit verschmolzen auf besondere Weise wissenschaftliche und fachpolitische Sichtweisen. Diese Mischung durchzieht meine Texte ebenso wie die interdisziplinäre Verschränkung soziologisch-historischer und psychologisch-ontogenetischer Perspektiven sowie der permanente Abgleich theoretischer Konstrukte anhand empirischer Befunde.

Die Sexualwissenschaft meiner Denkart ist Gesellschaftsanalyse anhand des Sexuellen: »So individuell und privat Menschen ihre Sexualität und Partnerschaft leben, so wichtig ist die wissenschaftliche Analyse der sexuellen Verhältnisse zur Wahrung und Durchsetzung sexueller und reproduktiver Selbstbestimmung und damit verbundener Rechte« (aus dem Flyer des in Merseburg entwickelten Masterstudiengangs Angewandte Sexualwissenschaft).

Leipzig, im Juli 2020

Familie ist Zukunft oder: Welche Zukunft hat Familie?¹

Vom 3. bis 6. Oktober 1991 wird in Dresden ein internationaler Kongress unter dem programmatischen Titel »Familie ist Zukunft« veranstaltet. Frau Kirch, eine der Mitautorinnen (fünf Kinder), verdeutlichte das Anliegen der Veranstaltung auf einer Pressekonferenz Anfang September: Der Familie müsse heute wieder der Rang eingeräumt werden, der ihr gebühre. In 40 Jahren DDR sei den Eltern die Erziehung der Kinder zunehmend von staatlicher Seite, von Kindergarten, Schule und Hort abgenommen worden. Die Förderung der Familien habe sich einseitig auf die Förderung der berufstätigen Frauen beschränkt. Der Kongress wolle eine geistige Offensive für die Zukunft der Familie bewirken und deutlich machen, dass die Familie die Grundzelle des Gemeinwesens sei.

Solche retrospektiven Bewertungen der DDR-Realität im Sinne der Altlastenabwicklung sind ja alltäglich, was jedoch nicht beweist, dass sie in ihrer Pauschalität auch stimmen. Wie war das mit der Familie im »real existierenden Sozialismus«?

Ohne Zweifel wurde den Eltern viel abgenommen, nicht nur an Erziehungsarbeit, sondern auch an Entscheidungsmöglichkeiten und damit an Verantwortung, insbesondere im Bereich der politischen und weltanschaulichen Bildung.

Andererseits änderte aber auch die Tatsache, dass die Hausaufgaben in den ersten vier Schuljahren im Hort statt unter Mutters Fittichen erledigt wurden, nichts daran, dass die Eltern erste Erziehungsinstanz blieben, dass die Qualifikation der Eltern und das damit verbundene intellektuelle Anregungsniveau im Elternhaus Hauptkriterium für schulischen und Studienerfolg der Heranwachsenden blieben. Trotz des unifizierten Bildungswesens oder gerade deswegen, denn viele Kritiker bemängelten, dass gleiche Anfor-

1 Leserbrief an die Leipziger Volkszeitung vom 11.9.1991.

derungen an ungleiche zu einer Vergrößerung der Ungleichheit führt. Interessanterweise konnte in den 1980er Jahren ein zunehmender Einfluss der Mütter auf die Leistungsentwicklung der Kinder festgestellt werden, da sie zumeist beruflich ebenso engagiert wie die Väter und häufig auch ebenso qualifiziert waren. Damit wurde das gutbürgerlich-familiäre Sozialisationsmodell durchbrochen, wonach die Mutter für die Streicheleinheiten und die emotionale Entwicklung zuständig ist, der Vater (als Identifikationsperson) für die Leistungsentwicklung.²

Gewiss war in vielen Familien das Zeitbudget für Gemeinsamkeit mit den Kindern zu gering, gerade in den wichtigen ersten drei Jahren. Aber die frühzeitige gemeinschaftliche Lebensweise Gleichaltriger wurde auch zur wichtigen Sozialisationserfahrung, gerade für Einzelkinder, und wenn sie einerseits zur Nivellierung besonderer und individueller Fähigkeitsentwicklung führte, so andererseits auch zur Kompensation von Defiziten der jeweiligen Herkunftsfamilie.

Auf keinen Fall hat die Förderung der Berufstätigkeit der Frauen ihrer Orientierung auf Familie und Kinder geschadet. Wie auch jüngste Umfragen zeigen, sind diesbezügliche Lebenswerte und -ziele der Ostdeutschen (beiderlei Geschlechts und aller Altersgruppen) bei Weitem stärker ausgeprägt als unter den Altbundesbürgern. Nehmen wir nur das Ergebnis einer jüngst durchgeführten Umfrage des renommierten Allensbacher Meinungsforschungsinstituts: Danach erachten 96 Prozent der Ostdeutschen und lediglich 83 Prozent der Westdeutschen Ehe und Familie für ihr Leben als sehr wichtig. Wenn dem so ist, was hat es dann mit der angeblich notwendigen Neuorientierung familiärer Lebensweise, wie sie die OrganisatorInnen des Dresdner Kongresses einfordern, auf sich? Soll hier vielleicht aus der marktwirtschaftlich bedingten Herausdrängung der Frauen aus dem gesellschaftlichen Arbeitsprozess, aus dieser neuen Not eine neue Tugend gemacht werden? Soll mit der »geistigen Offensive für die Zukunft der Familie« das neue Bewusstsein für die neue

2 Alle Fakten beziehen sich auf Ergebnisse des Zentralinstituts für Jugendforschung Leipzig, die im Leserbrief nur verallgemeinert und ohne Quellenangabe dargestellt werden. Für speziell interessierte Leser*innen sei empfohlen: G.-W. Bathke (2017). Soziale Herkunft und Persönlichkeit – eine unendliche Geschichte im Spannungsfeld von Soziologie und Pädagogik. In Th. Diesner, D. Kirchhöfer & K.-F. Wessel (Hrsg.), *Biografieforschung und Bildungssoziologie*. [Berliner Studien zur Wissenschaftsphilosophie und Humanontogenetik, Band 36] (S. 103–134). Berlin: Logos Verlag.

Realität geschneidert werden nach dem Motto: Was Frauen *eigentlich* wollen?

Tatsächlich belegen neueste soziologische Forschungsergebnisse³, dass arbeitslos gewordene Frauen ihren Lebenssinn umdefinieren, dass ihre Orientierung auf Familie und Kinder zunimmt, besonders dann, wenn sie bereits Familie und Kinder haben. Was bleibt ihnen denn auch anderes übrig als der Rückzug in die familiäre Nische?

Ganz anders ist jedoch der Wertewandel bei den Männern und generell bei Jugendlichen. Hier führt die marktwirtschaftliche Umgestaltung zu einem Rückgang des Lebenswertes Familie und zu einem Rückgang des Kinderwunsches, zumindest zu starken Verunsicherungen in diesem Bereich. Ja, selbst die partnerschaftliche Lebensweise wird zunehmend infrage gestellt, schließlich ist das Ideal des Arbeitsmarktes der ungebundene, territorial mobile Single. Für die Zukunft der Familie im Osten Deutschlands ist Folgendes zu prognostizieren:

1. Eine generelle Singularisierung der Lebensweise, bereits im Jugendalter, eine Zunahme der Einpersonenhaushalte (sie machten im Jahre 1990 im Osten zehn Prozent, im Westen 22 Prozent unter den 21–30-Jährigen aus).
2. Ein Rückgang der Heiraten und eine Zunahme des Heiratsalters, besonders bei den Männern (in den 1980er Jahren betrug das durchschnittliche Heiratsalter im Osten männlich = 26 Jahre, weiblich = 24 Jahre, im Westen männlich = 28 Jahre, weiblich = 26 Jahre).
3. Ein Rückgang der Scheidungen und einen Rückgang der alleinerziehenden Mütter. Dies nun allerdings nicht, weil plötzlich die heile Familienwelt ausgebrochen ist, sondern weil neue ökonomische Zwänge und juristische Fixierungen die Institution Ehe »verbindlicher« gestalten. Unterm Strich werden bei weniger und späteren Heiraten und weniger Scheidungen in Ost wie in West etwa ebenso viele Ehen bzw. Familien Bestand haben.
4. Drastisch zurückgehen wird die Geburtenrate, das »Minuswachstum« hat nach über einem Jahrzehnt des Geburtenüberschusses im Jahre 1990 eingesetzt (im Übrigen bei gleichzeitiger Verringerung vorzeitiger Schwangerschaftsabbrüche). Es ist Ausdruck der neuen Konsequenz der neuen sozialen Situation, die eben für die Mehrheit

3 vgl. Kurt Starke: Jugend in Leipzig. Ergebnisse einer Studie unter 1630 Leipzigern im Alter von 12 bis 42 Jahren. Forschungsbericht, Leipzig, August 1991.

der Ostdeutschen zunächst nicht durch prosperierende Wirtschaft und zunehmenden Wohlstand charakterisiert ist, sondern durch existenzielle Verunsicherung, Arbeits- und damit Perspektivlosigkeit. Und *ein* Ausdruck dieser Situation ist: Jetzt nur ja kein Kind.

Um diesen Tendenzen gegenzusteuern, bedarf es nicht in erster Linie ideologischer Offensiven (deren Nutzlosigkeit gelernte DDR-Bürger von früher kennen), sondern praktischer wirtschafts- und sozialpolitischer Schritte. Ein Familienkongress kann helfen, diese Schritte zu beschleunigen, wenn er nur zu den richtigen Schlüssen führt. In diesem Sinne: Viel Erfolg!

Beraten und verkauft¹

Wenn es stimmt, was der politische Buschfunk aus dem Sommerloch über Verhandlungen zwischen FDP und SPD meldet, dann scheint der »dritte Weg« geebnet. Niemand anderes als Frau Bundestagspräsidentin hat ihn 1990 – für die parlamentarische Mehrheit begehbar – konzipiert. Er soll vereinigen und selbstverständlich verbessern, was zurzeit östlich der Elbe als Fristenregelung und westlich als Indikationsregelung des Schwangerschaftsabbruchs besteht.

Die Notwendigkeit des dritten Weges wird damit begründet, dass in Ost wie West seit Jahren etwa jede vierte Schwangerschaft vorzeitig abgebrochen wurde. Diese – im internationalen Vergleich durchaus nicht aus dem Rahmen fallende Abbruchquote – soll reduziert werden. Dagegen kann kein vernünftiger Mensch etwas haben. Die Frage ist nur, wie das geschehen soll. Der Paragraph 218, darin sind sich alle einig, deren Blick auf die Realität nicht durch Dogmen verstellt ist, senkt nicht die Zahl der Abbrüche, sondern verlagert sie lediglich in die Grauzone der Illegalität, begünstigt Kurpfuscherei und Geschäftemacherei. Er schützt werdendes Leben nicht, sondern schadet vielmehr den betroffenen Frauen, verschärft die Konfliktsituation der unerwünschten Schwangerschaft, demütigt und neurotisiert die Abbruchwilligen.

Also lautet die Zauberformel: Hilfe statt Strafe.

Weg mit dem Paragraphen 218, weg mit der prinzipiellen Unterstrafstellung der Abtreibung, weg mit der Indikationsstellung durch einen Arzt. (Wie gern wären die westdeutschen Ärzte diese unerträgliche Bürde der Bestätigung nachprüfbarer sozialer Notlagen los.) Weiter bestehen und dem Fristenmodell aufgepfropft werden soll die »verpflichtende Beratung«, auf gut Deutsch: die Zwangsberatung.

¹ Erstveröffentlichung als Artikel in der *Woche* vom 30.7.1991.

Sie erscheint vielen bereits als das bei Weitem geringere Übel, als der lebbarere Kompromiss, angesichts mittelalterlicher staatlicher Gewaltpraxis: Im Jahre 1991, in einer Zeit des visafreien Reisens durch (West-)Europa werden »verdächtige« (west-)deutsche Frauen bei ihrer Einreise aus Holland einer gynäkologischen Zwangsvisite unterzogen.

Viele westdeutsche Frauen wären mit der geringfügigen Verbesserung ihrer Lage (Zwangsberatung, aber ohne Indikation) schon zufrieden. Die mit einer solchen Regelung verbundene Verschlechterung für die ostdeutschen Frauen würde dem kleinen Einmaleins der Vereinigung durchaus entsprechen ...

Wen stört es, dass sich in Umfragen drei Viertel der Ostdeutschen und gut die Hälfte der Westdeutschen gegen Beratungszwang, für das Fristenmodell oder noch freizügigere Regelungen des Schwangerschaftsabbruchs aussprechen? (*Spiegel*-Umfrage, s. Tab. 1). Die nächsten Wahlen sind weit.

Doch sind wir nicht ungerecht: Die Beschreiter des dritten Weges wissen sehr wohl, ebenso wie alle anderen 218-Gegner, dass die Reduzierung der Abtreibungen nicht durch einzelne Maßnahmen, schon gar nicht durch (straf-)gesetzliche Regelungen zu erreichen ist, sondern nur durch die folgenden beiden komplexen gesellschaftlichen Maßnahmensysteme:

Erstens: Durch eine umfassende sexuelle Aufklärung, insbesondere über

Mittel und Methoden der Schwangerschafts- bzw. Zeugungsverhütung für Frau und Mann und die – möglichst kostenlose – Bereitstellung sicherer und gesundheitsverträglicher Kontrazeptiva aller Art. Denn nur durch die Reduzierung ungewollter Schwangerschaften sind auch die Abbrüche verringierbar.

Zweitens: Durch die Schaffung von gesellschaftlichen Bedingungen, die auch die Annahme »ungeplanter« Kinder möglich macht. Das schließt den Ausbau von Beratungsmöglichkeiten für Frauen mit Schwangerschaftskonflikten (möglichst unter Einbeziehung der Väter) ebenso ein, wie die Schaffung einklagbarer sozialer Schutz- und Hilffsysteme für Mütter und ihre Kinder.

Tab. 1: Einstellung zur Regelung des Schwangerschaftsabbruchs (Emnid, aus: *Spiegel*, Nr. 20, Mai 1991).

Für Straffreiheit bzw. Fristenregelung sprachen sich aus (in %):	
Bundesbürger gesamt	59
Bundesbürger West	55
Bundesbürger Ost	75
Frauen (Ost + West)	59
Männer (Ost + West)	59
Wähler der CDU/CSU	48
Wähler der FDP	61
Wähler der SPD	66
Wähler der Grünen	71

Wo aber bleibt das Geld für den Erhalt und die Neuschaffung von Kindertagesstätten? Viele der ostdeutschen Kinderkrippen und -gärten liegen in den letzten Zügen. Steuergroschen wurden bislang nur für die Einrichtung von Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen in den neuen Bundesländern locker gemacht. Was wird mit diesen Beratungsstellen beabsichtigt? Wer soll dort wen zu welchem Zweck beraten? Welches Konfliktpotenzial und welcher Beratungsbedarf ist bei ungewollt schwanger gewordenen Frauen überhaupt vorhanden?

Untersuchungen aus der BRD wie der DDR zeigen in recht guter Übereinstimmung, dass etwa jede dritte Frau, die abtreibt, ursprünglich einen Kinderwunsch hatte bzw. ihn künftig noch hat. Bei diesen Frauen sind es also – möglicherweise beeinflussbare – Umstände, die, meist nach heftigen Konflikten, zur Entscheidung für den Abbruch führen. Eine Hauptproblemgruppe sind Erstschwangere, die nach Untersuchungen des Leipziger Gynäkologen Gert Henning in der DDR knapp ein Viertel aller Abbruchpatientinnen ausmachten. Bei ihnen besteht ein erhöhtes medizinisches Risiko und fast durchgängig ein späterer Kinderwunsch. Unter diesen Frauen sind auch Konflikte nach einer abgebrochenen Schwangerschaft am wahrscheinlichsten. In einer Studie aus dem Jahre 1980 wird mitgeteilt, dass 60 Prozent der Frauen nach abgebrochener Erstschwangerschaft bereits in den darauffolgenden zwei Jahren ihr erstes Kind bekamen. Insbesondere diesen Frauen und ihren Partnern sollte künftig eine kompetente psychologisch-soziale Beratung und umfassende Hilfe angeboten werden. Aber bitte nur dann, wenn sie das auch wollen.

Zwei Drittel der Schwangerschaftsabbrüche betreffen Frauen, die von vornherein keinen Kinderwunsch (mehr) haben. Für diese große Gruppe kann es nur darum gehen, den Abbruch möglichst schnell und komplikationslos zu vollziehen und künftig unerwünschte Schwangerschaften zu verhindern. Jegliche »verpflichtende Beratung« dieser Frauen wäre entweder eine Farce, das bloße Ausstellen eines Scheines – oder sie würde ihnen Konflikte und Gewissensbisse einreden, die sie vorher gar nicht hatten.

Ein Beratungssystem, welches wirklich auf die Senkung der Abbrüche hinarbeiten will, muss ein breites sexualwissenschaftliches Profil besitzen und vor allem präventiv ausgerichtet sein. Der Einigungsvertrag sieht aber nur den Aufbau der Schwangerschaftskonfliktberatung in den neuen Bundesländern vor. Gleichzeitig mit dem Aufbau dieser neuen Strukturen gehen eine Vielzahl der rund 200 in der DDR tätig gewesenen Ehe-, Sexual- und Familienberatungsstellen aus Finanzmangel kaputt. Und, falls

sie als Konfliktberatungsstelle überleben, werden sie einen Teil ihrer bislang durch die Sozialversicherung getragenen Leistungen hinter der Schwangerenberatung verstecken müssen. Auf gut Bundesdeutsch: Nur was der Gebärlpolitik dient (den »Willen zum Kind« fördert), wird von Vater Staat bezahlt, Partner- oder Potenzprobleme sind auf eigene Rechnung anzugehen oder im Beratungsanliegen entsprechend zu tarnen. Es wird großen Engagements bedürfen, zum Beispiel die Sexualpädagogik in diesen Beratungsstellen zu integrieren.

Geradezu paradox ist, hier im Osten mithilfe von Steuergeldern eine Vielzahl neuer, vorwiegend konfessioneller Beratungseinrichtungen (Caritas, KALEB) zu installieren, die ihren Auftrag im »Schutz der Ungeborenen« sehen, andererseits aber das bewährte System der medizinischen Schwangeren- und Mütterberatung, also die Betreuung der »willigen« Frauen und ihrer Wunschkinder abzuschaffen. Hieran wird deutlich, wie unsinnig und einseitig eine Orientierung an der Aufrechterhaltung von Schwangerschaften ist, die sich nicht an Schutz und Förderung des Lebens über die Geburt hinaus misst.

Mit der »flächendeckenden« Installation von Schwangerschaftskonfliktberatungsstellen werden – unabhängig von den Intentionen der dort Tätigen – die Strukturen einer künftigen repressiven Gesetzgebung geschaffen. Aus diesem Grunde hat die Familienplanungsorganisation pro familia auch so lange gezögert, sich um solche Konfliktberatungsstellen zu bewerben. Dass sie es nun dennoch tut, folgt der Einsicht, den konfessionellen Trägern das Feld und das Geld nicht gänzlich überlassen zu dürfen, und der Hoffnung, trotz aller aufgezwungenen Heuchelei für eine in allen sexuellen Belangen offene und tolerante Gesellschaft und für das Selbstbestimmungsrecht der Frauen in Bezug auf Sexualität und Mutterschaft wirken zu können.

Resümee: Jeglicher Versuch des Staates, die Entscheidung einer Schwangeren für oder gegen das Kind von seiner wohlwollenden Zustimmung abhängig zu machen, ist ein demagogischer Trick. Jegliche erzwungene Beratung ist nicht die Suche nach bestmöglicher Konfliktlösung im Interesse der Frau und in Abhängigkeit von ihrer konkreten Lebenslage, sondern immer Agitation für eine Lösung im Staatsinteresse. Mit den Worten des Staatssekretärs beim Bundesjustizminister Jahn:

»[...] das Bundesverfassungsgericht spricht von einem verfassungsrechtlich gebotenen Ziel, auf eine Fortsetzung der Schwangerschaft hinzuwirken [...].

Eine Schwangerschaftsberatung darf deshalb nicht wertneutral oder in einem falsch verstandenen Sinne »liberal« sein, sondern muss immer zugunsten des Lebens ausgerichtet sein« (*Neues Deutschland*, 1./2.9.1990, S. 7).

Zwang und Hilfe schließen einander aus. Jegliche Beratung für einen Schein wird zur Scheinberatung. Wenn ein künftiger »dritter Weg« nicht zu klaren Absagen an jegliche Variante der Indikationsregelung und des wesensgleichen Beratungszwangs führt, werden auch die sächsischen und thüringischen Frauen auf die Umgehungsstraßen ausweichen müssen, die ihre westlichen Schwestern seit Jahren massenhaft nutzen.

Nachsatz: Dass die Altherrenriege der CSU über die Zwangsberatung hinaus so löwenhaft für die Beibehaltung der Indikationsstellung durch Ärzte streitet, hat jenseits allen Getöses um Verfassungsgrundsätze einen sehr praktischen Grund: Denn bislang öffnen die Ärzte mit ihrer Indikation das »Tor zur Abtreibung«. Wäre demnächst nur noch der Beratungsschein vonnöten, kämen Verbände wie der Sozialdienst Katholischer Frauen, die schon jetzt von klerikalen Hardlinern als Helfershelfer tituliert werden, in ärgste Bedrängnis. Womöglich müssten sie sich aus dem Beratungswesen zurückziehen ...

Umgehungsstraßen: Laut offizieller Statistik wurde in der BRD im Jahre 1988 83.784-mal von der Indikationsregelung Gebrauch gemacht. Rund 87 Prozent der Abbrüche entfielen auf die Notlagenindikation, zehn Prozent auf die medizinische. Die tatsächliche Zahl vorzeitiger Abbrüche beträgt nach Schätzung der Kassenärztlichen Bundesvereinigung jedoch um die 200.000. Es existiert eine sehr hohe Dunkelziffer, da viele Frauen ins Ausland fahren (vor allem in die Niederlande), um die entwürdigende Bittstellerprozedur zu umgehen. Der sogenannte »Abtreibungstourismus« wird auf 40.000 bis 50.000 Fälle pro Jahr geschätzt. Außerdem werden viele Abbrüche von den durchführenden Ärzten nicht an das Statistische Bundesamt weitergemeldet – entweder, weil der Rechtsweg nicht eingehalten wurde, oder/und weil der Arzt sein Image nicht beschädigen will.

Ost-West-Vergleich: Bei Zugrundelegung einer DDR-Durchschnittszahl von 80.000 Abbrüchen pro Jahr und der offiziellen BRD-Schätzung von 200.000 erfolgten in den 1980er Jahren,

bezogen auf 1.000 Frauen im gebärfähigen Alter pro Jahr: in der BRD ca. 15 Abbrüche, in der DDR etwa 23. Aufgrund der höheren Geburtenrate in der DDR (BRD = 45 Kinder, DDR = 67 Kinder pro 1.000 Frauen im gebärfähigen Alter pro Jahr) ist folglich in beiden Teilen Deutschlands etwa jede vierte Schwangerschaft vorzeitig abgebrochen worden. (Die Zahlen sind der Übersicht halber gerundet.)

Häufigeres Schwangerwerden in der DDR war keineswegs ein bloßer Reflex auf die staatlich genehmigte Möglichkeit des Schwangerschaftsabbruchs, sondern zum Beispiel auch Produkt eines insgesamt stärker ausgeprägten Kinderwunsches. Die Tatsache des seit der Wende gleichzeitigen Rückgangs der Schwangerschaftsabbrüche wie der Geburten im Osten Deutschlands drückt die neue Konsequenz der neuen sozialen Situation aus: »Jetzt nur ja kein Kind!« Am Verhältnis von Geburten und Abtreibungen wird diese Tendenz aber auch nichts ändern.

Unglaubliche Enthüllung: Katholische Kirche vor der Spaltung¹

Wie aus ungewöhnlich gut informierten Kreisen bekannt wurde, enthält die jüngste päpstliche Enzyklika »Centesimus annus« einen geheimen Passus, der nur für hauptamtliche Mitarbeiter des katholischen Klerus bestimmt ist. Hier der sensationelle Wortlaut:

»Ich muss an dieser Stelle meine bisherigen Ausführungen zur ungeheuerlichen Ausbeutung des großen Geschenks Gottes, der menschlichen Sexualität und Liebe, in für uns Amtsträger unmittelbar bedeutsamer Hinsicht erweitern. Nicht nur die Empfängnisverhütung mit ihrer Betonung des sexuellen Vergnügens unter Ausschluss einer Zeugung ist Ursache für die gegenwärtige weltweite moralische Verwirrung, sondern auch die Onanie. Erinnern wir uns des 1. Buch Mose:

»Juda sagte zu Onan: Geh zur Frau deines Bruders und heirate sie, und verschaffe deinem Bruder Nachkommen, und Onan wusste, dass die Nachkommen nicht ihm gehören würden; und jedesmal, wenn er zur Frau seines Bruders ging, verschüttete er es auf die Erde, und was er tat, missfiel dem Herrn, und deshalb ließ er ihn sterben.«

Es ist erwiesen, dass Onan ob seiner sündhaften Samenverschwendung gestraft wurde, deshalb Schluss damit. Ich ordne auf Vorschlag des seinerzeit unerhörten Kardinals Richling mit sofortiger Wirkung an:

Die Ehepflicht für katholische Priester zum Schutz des ungezeugten Lebens.

Ausnahmen sind nur nach medizinischer Indikation (ärztlich beglaubigter Unfruchtbarkeit) zulässig. Zur Hilfe bei eventuell eintretenden Zeugungskonflikten sind Beratungsstellen einzurichten. Die Beratung dient dem alleinigen Ziel, Koitusfähigkeit und -bereitschaft der zölibatären Onanisten wiederherzustellen.

1 Achtung Satire! Erstveröffentlichung 1991 in der Zeitschrift *Eulenspiegel*.

Onanismus ist ein abscheuliches Verbrechen. Nur der regelmäßige Geschlechtsverkehr in Zeugungsabsicht entspricht Gottes Schöpfungsordnung.«

So weit der geheime Wortlaut der Enzyklika, in deren geheimen Anhang sich ein Bulletin des päpstlichen Leibarztes befindet, welches die Impotentia generandi des vorgestellten Wojtyla, Karol bestätigt.

Konnte der polnische Papst ahnen, dass ihm einer seiner in Fragen des vorgeburtlichen Lebensschutzes treudeutschsten Diener, der Fuldaer Erzbischof Dyba, ob dieser Anweisung zum Erzfeind erwachsen sollte? Wir bekamen dank unserer Verbindungen folgenden bischöflichen Protestbrief in die Hände gespielt:

»Mein Bauch gehört mir!

Wir deutschen Bischöfe fordern unser Recht auf selbstbestimmte Vater-schaft vor dem Herrn, einschließlich des Rechts auf Verweigerung derselben. Heiliger Vater in Rom, erspare uns entwürdigende Zwangsberatung und Indikationsstellung. Erspare uns Scheinehen und die daraus entspringenden sozialen Verpflichtungen.

Auch wir sind gegen Samenschwendung, aber ihr ist nicht mit Verboten und Sanktionen beizukommen. Du kannst uns zwingen, aber nicht die sündige Natur. Wie Du weißt, sind insbesondere Deine der fleischlichen Sünde gegenüber wachsamsten Söhne als Beichtväter des gemeinen Volkes hohen Belastungen ausgesetzt und neigen berufsbedingt zu häufigen Spontan ejakulationen. Sollen unsere Brüder für diese schwere und verantwortungsvolle Arbeit zusätzlich bestraft werden? Führe sie nicht in die Neurose. Deine treuesten Diener würden Dir tausendfache Sünden verheimlichen müssen. Das würde sie in tausendfache seelische Qual stürzen und zu einem Anstieg kurpfuscherischer oder eigenhändiger Entmannungsversuche mit anschließendem lebenslangen Siechtum oder gar Todesfolge führen. Wem wäre damit gedient? Niemandem.

Heiliger Vater, tun nicht gerade wir deutschen Bischöfe schon genug, um das Christentum vor dem Aussterben zu bewahren? Gemeinsam mit unseren tapfer kämpfenden Vereinen – der Bewegung für das Leben, dem Sozialdienst katholischer Frauen SKF, der Caritas, in zweihundertzehn Beratungsstellen Westdeutschlands und mit unserer neu gegründeten Organisation Kooperative Arbeit Leben Ehrfürchtig Bewahren KALEB inzwischen auch zunehmend in Ostdeutschland. (Du kannst gewiss sein, dass wir den größ-

ten Feind der Ungeborenen, die Abtreibungs- und Unzuchtorganisation Pro Familia mit Hilfe unserer politischen Freunde aus dem Feld schlagen, und allein unser Beratungsnetz im ungläubigen Osten flächendeckend geknüpft wird.) Reicht es denn nicht, dass wir mit unserem aufopferungsvollen Kampf gegen die Abtreibung weiblicher Leibesfrüchte Tausende Frauen in eine ungewollte glückliche Mutterschaft stürzen? Sollten wir nicht weiterhin alle Kraft gegen den anhaltenden Massenmord gezeugten Lebens wenden?

Wir fordern von Dir eine klare Trennung zwischen gezeugtem und ungezeugtem Leben. Was taugt ein Zwang zum Schutz ungezeugten Lebens, wenn er nicht einmal für den Schutz des gezeugten Lebens garantieren kann? Und wenn schon Schutz des ungezeugten Lebens, warum dann nur des Lebens in unseren männlichen Samenzellen? Warum immer wir?

Johannes Paul, verstehe, dass gerade wir Jüngeren in dieser wichtigen Frage nicht an uns halten können. Deshalb überdenke Deine Entscheidung.

Ehe, Koitus und Zeugung sind uns nur nach freier gottgefälliger Gewissensentscheidung möglich. Beratung ja, Ehevermittlung ja, Zeugungszuschüsse ja, Hilfe statt Strafe. Aber all das ohne Zwang. Du kannst uns so wieso nicht kontrollieren, also versuche es gar nicht erst. <<

In diesen Geheimdokumenten finden wir endlich den Ursprung der gegenwärtigen Zerreißprobe innerhalb der Unionsparteien und innerhalb der deutschen Regierungskoalition. Es stehen sich nicht Westkatholiken und Ostprotestanten, nicht CDU und CSU, nicht FDP und Union gegenüber, sondern Onanisten und Kohabitierer. Durch diese Enthüllungen wird auch endlich klar, worum es Anfang Mai 1991 im Benediktinerkloster Irsee (tief im katholischen Schwabenland) zwischen Kohl und Waigel wirklich ging. Theos zentrale Frage war: »Helmut, treibst Du Selbstbefriedigung?« Was Helmut darauf antwortete, wissen wir nicht. In der Pressekonferenz sagte er nur durch die Blume, er werde treu zu den christlichen Prinzipien stehen, anstatt »den nassen Finger hochzuhalten, um zu sehen, woher der Wind kommt«. Das ist wohl deutlich genug!

Vier Thesen zu den Verhältnissen der Geschlechter in Ost und West und zur Transformation dieser Verhältnisse in Ostdeutschland¹

Erste These: Die negative Individualisierung in Berufstätigkeit und Partnerschaft

Eine Pauschale retrospektiver Ost-West-Vergleiche, wie sie zum Beispiel in der Jugendforschung dominiert, lautet: Im Westen ging es bunt, pluralistisch, individuell – eben freiheitlich zu, im Osten stereotyp, kollektiviert, genormt, vormundschaftlich, repressiv, autoritär usw. Nehmen wir den Bereich der Jugendkultur (das, was westliche Jugend- und Lifestyle-Forscher bevorzugt untersuchen), dann können wir diese These ziemlich vorbehaltlos bejahen. Nehmen wir den Bereich der politischen Partizipation, der Möglichkeiten zur Mitwirkung an spezifischer Interessenvertretung, trifft das wohl auch zu und ebenso für den Bereich der Volksbildung, die Breite der Angebote und ihre Verzweigkeit. Anders ist es im Bereich der Arbeit unter der seit Jahren anhaltenden Massenarbeitslosigkeit, die in besonderem Maße Frauen- und auch Jugendarbeitslosigkeit ist. In Bezug auf die Arbeitswelt wird häufig die Flexibilität zur wichtigen Tugend erhoben, das Sich-offen-Halten, das Bereit-Sein, das Abwarten-Können. Angesichts dieses Flexibilisierungszwanges bekommt Individualisierung einen zutiefst ambivalenten Charakter. Individualisierung wird in großem Umfang zu einer bloßen Freizeitübung in der Konsumsphäre der Gesellschaft. Beim Blick auf die Ostdeutschen sehe ich den Übergang von einer vormals ziemlich konformen Lebensplanung hin zu einer negativen Individualisierung bzw. zu einem Negativ-Konformismus: Früher taten viele in ihrer Lebens-

¹ Bisher unpubliziertes Referat auf der Tagung »Geschlechterverhältnisse im Zusammenbruch – Frauen und Männer im Prozeß der Wende und der ›Vereinigung‹« des Kulturwissenschaftlichen Instituts Nordrhein-Westfalen am 8.11.1992 in Leipzig.